



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1925

63 (7.2.1925) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-220245](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-220245)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung frei ins Haus oder durch die Post monatl. 6.-M. 2.50 ohne Bestellgeld. Bei Best. Lieferung der wirtsch. Berichtsblätter nachbestellen. Postbestelln. Nr. 17390 Karlsruhe. Hauptgeschäftsstelle 5. 6. 2. - Geschäfts-Nebenstellen: Halbhofstraße 6, Schwegelstraße 24, Westfeldstraße 11. - Fernspr. Nr. 7041-7045. - Telegr.-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentl. zwölfmal.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro einseitige Kolonnenzeile für allgemeine Anzeigen 40 G. M. Kleinanzeigen 2.- G. M. für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gebote, Streifen, Betriebsänderungen usw. berechnen zu keinen Erhalten für den Fall der Ausgabe oder der Beschränkung der Ausgabe oder für sonstige Nachteile von Anzeigen. Kultur- u. Fernspr. ohne Gebote. Geschäfts-Nebenstellen.

Beilagen: Bilder der Woche - Sport u. Spiel - Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Musik-Zeitung - Mannheimer Frauen-Zeitung - Unterhaltungs-Beilage - Aus der Welt der Technik - Wandern u. Reisen - Geseh u. Recht

Städtetag oder Finanzausgleich

Forderungen des Städtetages

Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages nahm am Freitag zum Finanzausgleich Stellung. Mit überwiegender Mehrheit wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Gegen die immer wiederkehrende Auffassung, daß die Finanzlage der Gemeinden günstiger sei, als die des Reichs und der Länder und daß die Gemeinden eine mit den Anforderungen der Zeit nicht verträgliche Wirtschaft treiben, müsse entschieden Verwahrung eingelegt werden. Besonders müsse der Darstellung der Befindungs-politik der Gemeinden in der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums widersprochen werden. Es dürfe daher keinesfalls in der Zeit bis zur endgültigen Regelung des Ausgleichs die gegenwärtige Steuer-Verteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden verkehrt werden. Weiter wird gefordert, daß beim Ausgleich die Bedürfnisse der Gemeinden mit denen der anderen öffentlichen Körperschaften als gleichwertig zu behandeln sein. Der Deutsche Städtetag halte an der Forderung der Wiedereinführung der kommunalen Zuschläge zur Körperschaftsteuer fest, ebenso an der einheitlichen Regelung der Einkommensteuer als Grundlage der Zuschläge. Die Frage der Aufwertung der öffentlichen Anleihen müsse mit größter Beschleunigung baldigst entschieden werden, und zwar müsse die Aufwertung der Reichs-, Landes- und Gemeindeanleihen gleichmäßig geregelt werden. — Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Die schwere Not der Städte

Eine Erklärung des Reichszanzlers

Auf einem parlamentarischen Abend, der am gestrigen Freitag im Anstich an die Ausschussung des Deutschen Städtetages stattfand, begründete Oberbürgermeister Vöhl im Namen des Deutschen Städtetages die zahlreich erschienenen Vertreter der Reichsregierung sowie des Reichs- und Landtages. Oberbürgermeister Vöhl wies dann auf die wichtige Frage der Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und auf die schwere Not der deutschen Städte hin. Besonders warme Worte fand er für die Städte, die noch immer unter fremder Besetzung seien. — Reichszanzler Dr. Luther antwortete mit einer kurzen Ansprache. Er ging davon aus, welche warmen Gefühle ihn in der Erinnerung an seine lange formale Vergangenheit befehlten und betonte dann, daß die im Gange befindlichen Verhandlungen über einen gerechten Finanzausgleich mit Eifer zu einem guten Ende geführt werden sollten. Dr. Luther erwähnte, daß ihm ein entsprechender Gesetzentwurf vom Reichs-

Die Krise in Preußen

Berlin, 7. Febr. (Von unv. Berl. Büro.) Die Verhandlungen über die preussische Regierungsbildung gehen weiter. Sie werden immer unüberlicklicher und man glaubt schon heute damit rechnen zu müssen, daß am Dienstag die Wahl des neuen Ministerpräsidenten noch nicht zustande kommen wird. Die „Vossische Zeitung“ bleibt dabei, außer Herr Horion, der angeblich die Post verloren hätte und inzwischen wieder abgereist ist, den früheren Reichszanzler Marx als Kandidaten des Zentrums zu nennen. Das wird aus dem Kreis des Zentrums bestritten. Tatsächlich dürfte nach dem Wahlscheid, das ihm bei der Kabinettbildung im Reich verweigert wird, trotz aller seiner persönlichen Qualitäten Herr Marx im Augenblick kaum der geeignete Mann sein. Er würde es schwerer haben als andere, nicht leichter. Tatsächlich ist man einigermassen in die Ecke geraten, weshalb denn auch fort und fort Versuche unternommen werden, die Deutsche Volkspartei irgendwie umzukümmern. Schnell fertig mit dem Bari sind allein die Deutschnationalen. Sie meinen, daß der gegenwärtige Stand der Barmat-Affäre ihnen die Regel fällen könne und haben sich in ihrer Fraktionsführung erneut für Neuwahlen als die einzig beste Lösung ausgesprochen.

Zentrum und Bayerische Volkspartei

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz in München schreibt: Die Reichsparteileitung der Deutschen Zentrumspartei hat auf dem Parteitag der Zentrumspartei in Bayern, der in München abgehalten wurde, erklärt, daß die Deutsche Zentrumspartei gewillt ist, den Gedanken einer eigenen Zentrumspartei in Bayern in jeder Beziehung zu fördern und alles zu unternehmen, was dazu beitragen kann, daß die Zentrumspartei entschlossen ist, den Kampf gegen die Bayerische Volkspartei in erhöhtem Maße aufzunehmen und daß die Reichsparteileitung des Zentrums auch den Gedanken des Burgfriedens, von dem die Abmachungen zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei bei den Reichstagswahlen getragen waren, über dieses Abkommen hinausgehen will. Die Zentrumspartei hat durch dieses Vorgehen eine Lage geschaffen, die die Bayerische Volkspartei vor schwere und weittragende Entscheidungen stellen wird. Die Verantwortung für alle Folgen liegen auf der Deutschen Zentrumspartei, die es für gut befindet, mit diesem Schritt die Krise des deutschen Zentrumsgedankens noch mehr zu vertiefen.

Italienische Waffenlieferung für Litauen

Neapel, 7. Febr. San Helen wurden 50 Eisenbahnwaggons angehalten, die mit 50 000 Gewehren und 8 Millionen Patronen beladen waren, von deren Bestimmung den Behörden nichts bekannt war. Erst später stellte sich heraus, daß die Mission von der Regierung von Litauen in Italien für 20 Millionen Lire bestellt worden war. Daraufhin wurde die Verladung der Sendung auf die Schiffe von den Behörden festgestellt.

minister überreicht worden sei. Zum Schluß bemerkte Dr. Luther, daß das Band vaterländischer Gesinnung immer eine wesentliche Eigenschaft des Deutschen Städtetages gewesen sei. Diese Eigenschaft mache ihn zu einem der wichtigsten Träger der Reichseinheit.

Baden und der Finanzausgleich

Der Haushaltsausschuß des badischen Landtages hat Richtlinien zu dem Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes entworfen, die während der Konferenz der Finanzminister der Länder mit dem Reichsfinanzministerium und dem badischen Vertreter nach Berlin telegraphiert wurden. In diesen Richtlinien wird verlangt, daß die badische Regierung bei der Reichsregierung und dem Reichsdort mit allem Nachdruck auf eine tunlichste Vereinfachung des gesamten Steuersystems hinwirkt. Den Ländern und Gemeinden soll das Recht zur Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zugestimmt und eine eigene Steuerhoheit zurückgegeben werden. Der Anteil des Reichs, für sich einen Anteil von 34 Prozent der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zu beanspruchen, muß entgegengesetzt werden. Die wesentliche Steuerquelle der Länder muß die Einkommensteuer bilden. Ein Reicherhaltungsrecht, das die Vermögensverhältnisse und den zulässigen höchsten Strukturwert enthält, muß die Grundlage für eine einheitliche Einkommensteuer durch das ganze Reich sein. Diese Richtlinien weisen ferner darauf hin, daß eine größere Anspannung der Grund- und Gewerbesteuer im Lande Baden für das Jahr 1925 unmöglich und von der gesamten Wirtschaft nicht mehr tragbar ist. Die Verdrängung von Schulden auf Grundbesitz und Gewerbebetriebe muß reichsweitlich erfolgen. Die vorerwähnte Regelung eines wesentlichen Teiles des allgemeinen Staatsbedarfes durch Erhöhung der Gewerbesteuer wird abgelehnt. Für landwirtschaftliche Betriebe sollen die am 15. Februar und 15. Mai 1925 fälligen Einkommensteuerzahlungsraten bis zur endgültigen Veranlagung gestundet werden, wenn die Steuerzahlung für den einzelnen Steuererwerb nicht mehr als zehn Mark beträgt. In dem Steuerbetrag bei Lohn- und Gehaltsempfängern wurde folgendes beschlossen: Der steuerfreie Betrag wird auf monatlich 100 Mark und auf wöchentlich 25 Mark erhöht, also fast 10 Prozent bis zu einem steuerbaren Einkommen von 3000 Mark sollen aus-8 Prozent Steuerlich erhoben werden und dem Vorhandensein von vier nicht erwerbsfähigen Kindern bei einem Monatseinkommen von nicht über 150 Mark Lohnabhängige nicht vorgenommen werden. Ferner soll Lohnabzug nicht erfolgen, wenn der Steuerbetrag monatlich eine Mark nicht übersteigt. Für 1924 soll keine Veranlagung zur Einkommen- und Körperschaftsteuer erfolgen.

Anlässlich der Beratung des Entwurfs des Finanzausgleichsgesetzes kam es zu einem Protest der sozialdemokratischen Ausschussmitglieder. Mit dem Antrag des Berichterstatters sollten die Zentrumsanträge auf Zuschläge der Länder und Gemeinden und auf die Abgabe der Steuerhoheit und Steuerverwaltung an die Länder beraten werden. Da die sozialdemokratischen Vertreter im Haushaltsausschuß hiermit nicht einverstanden waren, und eine Beratung mit ihrer Fraktion verlangten, die ihnen nicht gewährt wurde, verließen sie unter Protest das Ausschusszimmer. Die einzelnen Punkte der Richtlinien wurden mit wechselnder Mehrheit angenommen.

Neues Vertrauensvotum für Herriot

Die Kammer hat die gestrige Interpellation über die Rohpreise, die die Regierung gegen das andauernde Steigen der Getreide- und Brotpreise zu ergreifen gedenkt, mit einem Vertrauensvotum von 328 gegen 225 Stimmen für die Regierung abgeschlossen.

Paris, 7. Febr. Gestern vormittag wurde die Feuerwehrr zum Quoi d'Ysay gerufen, weil im Arbeitszimmer Herriots ein Kaminbrand ausgebrochen war. Die Feuerwehrr wurde mühelos beseitigt. Näheres über die Entstehung ist bis zur Stunde noch nicht bekannt.

Französische Eisenbahnbestellungen in Deutschland

Auf die schriftliche Anfrage eines Senators an die Regierung, ob Frankreich tatsächlich in Deutschland Eisenbahnwagen bestellt habe, antwortete der französische Minister für die öffentlichen Arbeiten, daß die Regierung den Wunsch habe, die Frankreich nach dem Sachverständigenrat zur Verfügung stehenden Kredite zu verwerten und daß sie deshalb den Plan der Bestellung einer gewissen Menge von rollendem Material an Deutschland erwidere. Die Interessen der französischen Industrie würden dabei so weit als möglich berücksichtigt werden.

Die Pariser Wirtschaftsverhandlungen

Staatssekretär Dr. Trendelenburg in Paris hatte am Freitag mit Handelsminister Ragnaldi eine längere Unterredung, in deren Verlauf die gestern übermittelten deutschen Vorschläge eingehend besprochen wurden. Von deutscher Seite wird festgestellt, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß sich noch eine Möglichkeit für eine Verständigung finden lasse. Man beurteilt in diesen Kreisen die Lage keineswegs so pessimistisch, wie sie die französische Presse dargestellt hat und erwartet, daß im Laufe der demnächstigen Beratungen bestimmte Vorschläge gemacht werden können, die die Grundlage für eine Verständigung abgeben können. Handelsminister Ragnaldi hat gestern auf drei Tage Paris verlassen. Aus diesem Grunde werden die beiden Delegationsführer ihre Besprechungen erst zu Beginn der kommenden Woche wieder aufnehmen können. Inzwischen werden die beiden Delegationen miteinander in Fühlung bleiben, um die Studien der Vorschläge beiderseits fortzusetzen.

Die Sühne für Hinzpeters Ermordung

Mexico City, 6. Febr. In Puebla sind drei weitere Personen, die an der Ermordung des Deutschen Hinzpeter beteiligt waren, erschossen worden. Damit haben 16 Mörder ihre Tat mit dem Tode bestraft.

Der Sinn des Barmathandels

Von Richard Bahé

Seit einigen Tagen häufen sich in einem Teil der Presse die Nachweise, daß auch im ancien régime schon gestohlen, geflohen und betrogen worden sei und man nicht erst auf die Republik hätte warten müssen, um gelegentlich korrupte und korrumperende Beamte zu ertappen. Mir will scheinen: da wird ein wenig gegen offene Lügen gerannt. Selbstverständlich hat es auch unter dem Kaiserreich (wie beiläufig unter allen Gesellschafts- und Staatsformen) allerhand Bruchstücke und Brüche gegeben: die Epochen der Menschheitsgeschichte weichen in dem Belang nur in den Nuancen voneinander ab. Vielleicht wird man sogar sagen dürfen: Ende der Welt Jahre lehte, auch dem Mittelbuden deutlich erkennbar, eine neue Periode stillen Niedergangs ein. Die deutsche Wirtschaft atmet aus allen Poren und war namentlich den führenden Schichten in Industrie und Handel bislang nicht gekannte Reichtümer in den Schoß. Diese Schichten gehörten zugleich zum Verteilungskreis unserer höheren Beamten und Offiziere, die in Ostpreußen und ganzem Lebenszukunft wohl oder übel mit ihnen Schritt zu halten verfluchten. Das ging, wo ererbte oder ererbte Vermögen zur Verfügung standen, gut oder leidlich. Wo dieser Hilfsquellen fehlten, begann eine gewisse „Lottübe“, die man fürger und deutlicher auch Vorheit heißen könnte, die frühere Sittenstrenge und Spartenfertigkeit zu durchbrechen. Die Anfänge, die erste Beobachter längst mit banger Sorge beschließen hatten, resten im Krieg der vier Jahre zu ungewöhnlich herben Früchten. Weil man wirtschaftlich keinerlei Vorkehrungen getroffen hatte, warf man bald das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinaus. Man hatte sich die Maxima zurechtgemacht: Geld spiele überhaupt keine Rolle, wenn nur die fehlenden Rohstoffe oder Warenmengen beschafft würden. Und vorer mit dem Respekt vor den Mitteln des Staats und der Allgemeinheit auch den Sinn für vernünftige Geschäfts- und Rechnungsführung. Der Krieg war nicht das Stahlbad, als daß Lyriker und von humanitären Kommerzremnerungen beschwerte Heimhelden ihn wohl bisweilen zu besingen pflegten. Während an den immer weiter auseinandergerissenen Fronten Millionen zwischen Siegen und Niederlagen sich verbluteten, verbarb leider ein nicht ganz geringer Teil des Bürgertums in der Steppe. Dann kam das große Chaos. Zusammenbruch und Staatsumwälzung, Auflösung des Heeres und überhöbste Zerstörung der unermesslichen Werte, die sich im Besitz von Heeres- und Marineverwaltung befanden. Kam schließlich mit allen seinen bizarren Auswüchsen der orgastisch müde Kauf der Inflation.

Es ist ein Wunder und ein Zeichen für die im besten Sinne sentimentale Veranlagung der Deutschen, daß darüber nicht einfach alle Begriffe von Zucht und Ordnung zum Teufel gingen. Daß trotz dem Zynismus, der herausfordernd in Schenken und Gassen sich breit machte, ein harter Boden fast ankämpfenden Empfindens zurückblieb, eine wahre Sehnsucht nach Reinheit und Keinheit der öffentlichen Sitten. Aber durchaus kein Wunder ist, vielmehr die allernatürlichste Sache von der Welt, daß Männer, die, viel oder wenig, früher schon angefaßten waren, inmitten solcher Umwelt gelegentlich tiefer sanken. Daß auch mancher bislang Intakte von der düsteren Zeittrunkheit, diesem schwarzen Tod der Seelst und der Seelen, ergriffen wurde. Man soll doch auch Verständnis haben für die Tragödien, die in den letzten Jahren in den Häusern, des höheren Beamtenums sich abspielte. Ein jeder wohl aus dieser Sicht hatte über ein bisches Kommissermögen verfügt und der eine oder andere mit Zug und Recht sich für wirtschaftlich unabhängig halten dürfen. Noch ehe wir Milliarden und Billionen als Scheidemünze zu betrachten gelernt hatten, waren diese Besitztümer wertlos zertrümmert worden. Und doch ließ man durch die Hände derselben Beamten, die über Nacht Enterbte des Schicksals geworden waren, bei den unterschiedlichen Umwandlungsstellen — aber nicht nur dort — Unsummen gleiten, ohne zu trachten, durch Ausnahmebefreiungen diese Männer vor der Verelendung zu behüten. Wer schuldig wurde, wird dennoch mittelbar der Pein zu überlassen sein. Wer viel, den soll man vollends hängen; dabei muß es bleiben, schon um der öffentlichen Moral willen, die nur in großen Kategorien zu denken vermag.

Aber man wird die nämliche Forderung auch angefaßt der mibernünftigen Vertuschungs- und Verdrängungs-künste anzumelden haben, die ein Teil der Presse, leider nicht nur der sozialdemokratischen, um die Brüder Barmat und ihren Freundeskreis zu bereiten beliebt. Es ist zunächst schon — man verzeihe den harten Ausdruck — ekfhaft, daß wir in einer Zeit, da wir Deutsche weih Gott ernstlichere Dinge zu betreiben hätten, uns wochenlang über diese hier bis sechs Kalziter unterhalten müssen. Die Herrschaften sind als Persönlichkeiten keineswegs interessant. Und mit der Politik haben an sich sie nichts zu tun. Selbst der glücklichste Julius nicht, dieser Voltrasts unter den Großhändlern, der, wie sein Freund Hellmann von ihm rühmt, als gemiegter Marodeur wirtschaftlicher Schlichter sich allemal in das Land begibt, wo gerade die düstern Gewinne zu machen sind. Obwohl in einer gottvergebenen Stunde Kerenski ihn zum russischen Gesandten im Haag erhöhen wollte und in einer noch höheren Herr Höfle, denselben Julius Barmat als „deutschen“ Unterhändler nach London schickte.) Vollends köst, was die Barmats und ihre Öänner übten, nicht aus der Staatsform, Korruptionsstande, man muß das immer wiederholen, hat es auch in der Monarchie schon gegeben: Gesellschaftliche und wirtschaftliche Zustände, nicht die zufällige Verfassung, sind ihr Nährboden. Erst das seltsame, nächtlichem, unbefangenen mögendem Sinn gar nicht verständliche Verhalten der Sozialdemokratie hat die Möglichkeit, den Anreiz und schließlich den stillen Antrieb bergehen, den Handel politisch auszumünzen. Wie in derlei Fällen vorgehen ist, hat auf eine immerhin vorbildliche Weise das Zentrum gezeigt. Es hat sich — bis zur Klärung der Angelegenheit — von den Gefährten getrennt, die in Verdacht gerieten, vom Barmat gesehen zu haben. Diesen Weg, schmerzhaft genug, die Sozialdemokratie nicht gegangen. Wie hart und lieblos — die Säbikum, Wolfgang Heine, August Müller könnten davon erzählen — war sie sonst gegen Männer verfahren, die ihr vom Standpunkt der Lehre, der Dogmatische, gefehlt zu haben schienen. Nun erweist sie gegen den ungleich beträchtlicheren Einwand des Handels eine vollendete Schwerehörigkeit. Selbst ihren Parteipräsidenten Richter läßt sie nicht die Verpflichtung juristisch zu erklären, obgleich der in berlinischer Deillemgemütslichkeit vor dem Untersuchungsamt sich zu dem geistlichen Grundlag bekannte: wenn ich mal eine Affäre in, hat ein Anderer sie zu beschließen.

Wird die Sozialdemokratie immer noch nicht gewahr, daß sie nicht nur gegen sich selbst, daß sie weit mehr noch, als auch ein d am meisten geschlossene republikanische Partei ihrer u zu schuldbar sein zu...

keine Schäden, indem man aufzeigt, daß auch wo anders noch Geschwüre wuchern. Sondern nur, indem man rücksichtslos, ohne Rücksicht auf die eigene Würde vor der eigenen Tür steht. Wer fällt, den soll man stoßen...

Die bloß gestellten Sozialdemokraten
Wels und Bauer

□ Berlin, 7. Febr. (Von unterm Berliner Büro.) Der „Vorwärts“, der noch immer den Humor hat, von einem „Berliner Demokrat“ (1) in Sachen Barmat zu sprechen, veröffentlicht heute zwei Schreiben. Das eine kommt von Herrn Wels, der erklärt (und mit dieser Erklärung wohl auch glauben finden wird), daß er niemand, auch Barmat nicht, einführten und Ausfuhrbescheinigungen über den Kopf des Ein- und Ausfuhrkommissars hinweg erstellt hätte. Herr Wels hat übrigens in einem Brief an den Reichstagspräsidenten, das Kabinett möge ihm die Ausfuhrbescheinigungen über keine früheren Amtshandlungen erteilen, Ausfuhrbescheinigungen über keine früheren Amtshandlungen erteilen, Ausfuhrbescheinigungen über keine früheren Amtshandlungen erteilen...

Die Herren Wels und Witsel haben die Vorsätze, wie im „Vorwärts“ zu lesen ist, offener auch vor dem sozialdemokratischen Prüfungsausschuss zu erscheinen. Für Bauer hat das sozialdemokratische Zentralorgan kein Wort mehr. Inzwischen hört man von einer hiesigen Nachrichtenstelle, die von den Barmat-Anhängern aufgeleitet zu werden scheint, daß im Jahre 1922 geschäftliche Beziehungen zwischen den Barmats und Bauer bestanden hätten. Bauer hätte damals eine Erhöhung der Kredite für die Amerika-Permissionen und eine Provision erhalten. Die letztere auf monatlich mindestens 300 holländische Gulden (1) festgesetzt worden sei. Auch sei Bauer beteiligt gewesen und hätte dafür Geld bekommen. Die Nachrichtenstelle hätte die Barmats dagegen auch einer Reihe anderer deutscher Persönlichkeiten zugeordnet. Der Reichsausschuss der Sozialdemokratischen Prüfungsausschusses in Sachen Bauer ist damit beunruhigt worden, daß Bauer vor dem Untersuchungsausschuss „willinglich falsche Aussagen“ gemacht hätte. Bauer wird übrigens zusammen mit dem Vizepräsidenten Richter am Montag noch einmal vor dem Untersuchungsausschuss im Landtag vernommen werden.

Die „D.N.S.“ meint an, daß wohl demnächst ein außerordentlicher sozialdemokratischer Parteitag zu erwarten wäre. Anseh genug wäre vorhanden. Man muß immer wieder bedenken, daß das Verhalten der Sozialdemokratie der eigentliche Inhalt des sogenannten Barmat-Skandals ist. Die Brüder Barmat sind nicht schlechter und nicht besser als die meisten ihrer Parteigenossen aus der edlen Gasse der Arbeiter. Sie haben eben die Genuß der Zeit genützt und die Reichen und die „Beziehungen“ genommen, die sich ihnen boten. Aber die Art, wie die sozialdemokratischen Intendanten sich Bösen und Monate hindurch dazu drängen ließen, das Unabweisbare zur Reinhaltung ihres eigenen Hauses zu tun, bleibt denn doch unerhört.

Der frühere sozialdemokratische Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, von dem im „Tag“ behauptet worden war, er sei mehrmals Gast von Barmat im Hotel „Bristol“ gewesen, hat bei der Berliner Staatsanwaltschaft beantragt, gegen den Tag im öffentlichen Interesse Anklage wegen Beleidigung zu erheben. Die Staatsanwaltschaft hat in jener Behauptung des „Tag“ eine Beleidigung nicht erblicken können. Kammer hat, wie der „Vorwärts“ meldet, hier Robert Schmidt gegen die Unschuldige Beschwerde eingeleitet.

Der Barmatbrief an Bauer

Der in unserem gestrigen Mittagsblatt erwähnte Brief der Firma Barmat an den Reichsanwalt a. D. Bauer hat dem „Berl. Bot.-Anz.“ zufolge folgenden Wortlaut:

Herrn Reichsanwalt a. D. Bauer, Berlin
Kronprinzener 3.

„Sie von Herrn Direktor Barmat gerichtliches Schreiben vom 26. v. M. ist uns zur Erledigung übergeben worden. Wir haben dabei einen Auszug Ihrer Rechnung aus dem Sie zu ersehen belieben, daß Sie noch

1207,66 Dollar
und 1915700 Mark

zu bekommen haben. Dagegen haben Sie 910 holländische H. (gleich 337,35 Dollar zum heutigen Kurse von 254,37) zweifelsfrei bekommen, wobei Sie im ganzen 850,51 Dollar und 1915700 Mark zu bekommen haben. Die Vermutungen, die Sie in Ihrem Brief vom 12. v. M. aussprechen, sind absolut unbegründet. Ebenso unzutreffend sind die Angaben Ihres Briefes, wie Sie aus dem Auszug ersehen können. Die hiermit beigefügten Kopien sind seit dem 1. April durch 300 monatlich erlegt worden, wobei Sie nicht mehr in Betracht kommt. Zinsen für die Beschaffung des 6 Milliardenkredits haben Sie nicht zu bezahlen. Da Ihnen dafür etwa 2000 Dollar bezahlt wurden. Natürlich war es unzulässig, wie Sie ja jetzt wissen, für Sie Dollars zu kaufen, was dem Sie Ihre Devisen im Juni haben verkaufen lassen. Wir wollen ganz davon schweigen, welche katastrophalen Verluste Sie Herrn Barmat durch Ihre authentischen Informationen aus höchsten Kreisen zugefügt haben. Wir wollen auch erwähnen lassen die holländischen Gulden 1000, die Sie von Herrn Barmat außer der Reihe bekommen haben, und die vielen Hunderte Gulden, die Herr Barmat Ihnen feinerzeit in Holland ohne jeden Grund gegeben hat; auch die vielen Hunderttausende Mark, die Ihnen Herr Barmat feinerzeit gegeben hat, wo die Mark noch sehr viel wert war, und die 600 Dama-Aktien, die Ihnen franco beigestellt wurden, wollen wir nicht in Rechnung stellen. Wir erinnern Sie an all dies, nur damit Sie sehen, was Sie von Herrn Barmat bekommen haben und was Herr Barmat Ihnen zu verdanken hat.“

Nachdem die sozialdemokratische Presse selbst diesen Brief veröffentlicht, kann wohl kein Zweifel mehr bestehen, daß er echt ist. Bauer verleiht sich jetzt damit, daß er als Minister keine geschäftlichen Beziehungen zu Barmat gepflegt habe, sondern erst später als Abgeordneter, und daß er seit Juni 1921 mit Barmat nicht mehr gesprochen habe. — Die Gelder hatte er aber, wie das obige Schreiben beweist, denn doch länger bekommen!

Als Nachfolger Bauers, der sein Mandat niedergelegt hat, kommt der sozialdemokratische Parteisekretär Gustav Fetzl-Maaderburg in Betracht. Da dieser aber ein Landtagsmandat innehat, wird an seiner Stelle voraussichtlich der Redakteur Rißler-Mogdenburg nachrücken.

2 1/2 Milliarden Franken für den französischen Wiederaufbau

Paris, 7. Febr. Unter dem Vorbehalt des Finanzministers Clemenceau hat am Freitag in Anwesenheit von französischen Finanzministern und Vertretern der Bevölkerung der ehemaligen Kampfgebiete im Ministerium des Reichens eine Sitzung stattgefunden, in der der neue Regierungsplan für die Wiederaufbauarbeiten in der neu regierten Regierung bekannt gegeben wurde, der von den Anwesenden einstimmig angenommen wurde. Der Plan sieht für das Jahr 1923 2 1/2 Milliarden Franken für Wiederaufbauarbeiten vor, davon werden eine Milliarde Franken durch die Staatskasse in der zur Verfügung gestellt. Eine weitere Milliarde wird durch eine innere Anleihe gewonnen. Für 300 Millionen Franken Zuschüsse werden von dem Dawesplan zu erwarten, und der Rest von 300 Millionen Franken soll durch den Verkauf von Obligationen der nationalen Verteidigung erzielt werden.

Der Lösungsversuch der Aufwertung

Die Denkschrift des Reichsfinanzministeriums II. Die Kommunalanleihen

Die Denkschrift schätzt den Betrag der auf Papiermark lautenden im freien Verkehr befindlichen alten Kommunalanleihen auf 9 Milliarden Mark. Gegenüber den weitverbreiteten Ermächtigungen, daß die Kommunen ihren Zinsendienst alsbald wieder aufnehmen könnten verweist die Denkschrift darauf, daß durch den bisherigen Finanzausgleich verhältnismäßig ein fallendes Bild entstanden sei. Der Finanzausgleich laufe am 31. März 1925 ab. Schon jetzt werde man davon ausgehen können, daß der künftige Finanzausgleich nicht dazu führen dürfe, daß einzelne Gemeinden in der Welt begünstigt werden wie bisher. Wenn die Mittel des Finanzausgleichs aber zur Wiederentnahme des Zinsendienstes nicht ausreicht, so führt die Denkschrift fort, so wird eine gesetzliche Regelung, die den Gemeinden zu weitgehenden Verpflichtungen auferlegt, dazu führen, daß sie sich vermehrte Einnahmen verschaffen müssen. Es würde die gleiche Gefahr eintreten, die bei der allgemeinen Wiederaufnahme des Zinsendienstes für Reichsanleihen zu befürchten wäre, eine neue starke Belastung der Wirtschaft. Nach alledem werde auch für die Kommunalanleihen nichts anderes übrig bleiben, als eine Ausgleichsleistung nach ähnlichen Richtlinien, wie sie schon für die Reichsanleihen entwickelt worden sein.

Die Behandlung der Hypotheken

Der Gesamtbestand an Hypotheken für 1913 wird auf rund 65 Milliarden Mark geschätzt. Gegen den Vorschlag, anstelle der Hypotheken eine Einräumung von Mietszinsen am Grundstück zu setzen, erhebt die Denkschrift die schwersten Bedenken. Vor allem würde es das in der Dritten Steuernotverordnung ausgesprochene Korollarium in sein Gegenteil verkehren. Die individuelle Aufwertung wird abgelehnt. Der Beschlager würde, statt daß er selbst die der Wirtschaft aufzubringende Last bestimme, es dem Richter überlassen, von Fall zu Fall die Belastung festzusetzen.

Bei Erörterung des Aufwertungsplanes wird zunächst der Höchstzins von 15 Prozent, den die Dritte Steuernotverordnung aufgestellt hat, gerechtfertigt, vor allem mit dem Hinweis darauf, daß eine höhere Belastung, namentlich bei der Landwirtschaft zu einer Hemmung oder gar zu einer Einschränkung der Produktion führen könnte. Ein weiterer Grund sei die Absicht gewesen, dem Grundeigentümer die Möglichkeit für die Aufnahme neuer Kredite offen zu halten, und von dieser Möglichkeit habe die Landwirtschaft in vielen Fällen Gebrauch gemacht. Eine Kapitalumwertung könne nach alledem nur unter Einschränkungen in Frage kommen. Derartige Einschränkungen seien zunächst für den dinglichen Rang der Forderungen denkbar. Des weiteren bedürfe der Prüfung die Frage, ob es gerechtfertigt sei, ausnahmslos für alle Hypotheken eine Aufwertung zu genöthigen.

Die Denkschrift prüft weiter die Vorschläge, die die Umrechnung nach dem Lebenshaltungsindeks über einem kombinierten Index vorzuziehen haben. Sie stellt fest, daß die Anwendung des Lebenshaltungsindeks über eines ähnlichen Index für viele hypothekenschuldner eine Vereinfachung ihrer Lasten zur Folge haben würde. Den Lebenshaltungsindeks lehnt die Denkschrift ab. Wenn durchaus an die Sache des Dollarindeks ein anderer angelehrt werden sollte, könne es nur ein Mittelweg zwischen Dollarindeks und Lebenshaltungsindeks sein.

Die Denkschrift nimmt grundsätzlich dem von verschiedenen Seiten gemachten Vorschlag zu, für die anfallenden Hypotheken eine Umwandlung in Tilgungsschuldenschein auszuführen, das es für die deutsche Wirtschaft eine schwerere Aufgabe sei, nach Ablauf des Amortisationskorollariums am 1. Januar 1932 die Kapitalien zur Verfügung zu stellen, die zu diesem Zeitpunkt fällig werden. Für den Hypothekenschuldner bedeutet es aber eine Vereinfachung seiner Rechtslage, wenn er sich bei der Rückzahlung auf eine Reihe von Abschlagsraten einlassen sollte, die sich auf viele Jahre verteilen. Einen Interessenausgleich empfiehlt die Denkschrift in der Richtung, daß in einer gewissen Vorrichtung dem hypothekenschuldner nur dann die Möglichkeit gegeben werde, Umwandlung der Hypothek in eine Tilgungsschuldenschein zu verlangen, wenn gleichzeitig der Aufwertungsplan erhebt werde. Lieber einen gewissen Zeitraum hinaus dürfe die Zeit, in der das Hypothekensystem selbst sein muß, nicht bemessen werden. Lieber diesen zwischen den Parteien vorzunehmenden Interessenausgleich hinaus sei es für die Zeit vom 1. Januar 1932 erstrebenswert, daß der Gläubiger die Tilgungsschuldenschein die Diskontierungsansätze an Geld machen könne.

Die Denkschrift erwähnt, daß die Forderung nach Herauskehrung des Kinstückes von den Hypothekenschuldnern und auch von den Hausbesitzern erhoben wird, von den letzteren behauptet, weil sie von einer Erhöhung der Hypothekenzinsen profitieren nicht betroffen würden! Die Denkschrift lehnt, ausgehend von einem Hypothekensystembestand von 65 Milliarden Mark Ende 1913, den Geldwertbetrag der nach der dritten Steuernotverordnung einer Aufwertung unterliegenden Hypotheken auf rund 24 Milliarden Mark ab. Der Aufwertungsbeitrag (15 Prozent) mache also 3,6 Milliarden Mark aus. Da von dem Gesamtbestand der auf inländischen Grundstücken ruhenden Hypotheken rund 4 auf Hausgrundstücke und 1/2 auf unbebaute Grundstücke entfielen, ergab sich, daß die in der dritten Steuernotverordnung vorgesehene Verpflichtung der Hypothekenschuldner, vom 1. Januar an den Aufwertungsbeitrag der Hypotheken mit jährlich 2 Prozent zu verzinsen, für die Länder und Gemeinden einen Ausfall von jährlich 54 Millionen (1/2 von 72 Mill.) Reichsmark Haussteuer bedeutet. Mit jedem Prozent, um das der Zinssatz heraufgesetzt werde, vergrößert sich dieser Ausfall um 2 Millionen (1/2 von 26 Mill.) Reichsmark jährlich. Die Länder und Gemeinden würden erzwungen sein, diese Verluste durch andere Einnahmen zu decken, überließ sich also die Wirtschaft nur zu belasten; dem ständen die oben bereits erwähnten schwereren Bedenken gegenüber.

Aus dem Reichstag

□ Berlin, 7. Febr. (Von unterm Berliner Büro.) Nachdem die allgemeine Aussprache über die Sozialpolitik im Reichstag beendet ist, konnte man getrost zur kleineren Debatte übergehen. Redebeiträge wurden die einzelnen Voten durchgenommen und zwar zunächst diese drei: Berichterstattung, Wochenhilfe, Arbeitsamt. Sämtliche Parteien haben einen erheblichen Erfolg erntet, der seinen Niederschlag in nicht weniger als 50 Anträgen findet. Es gilt nun im Wesentlichen die Spreu vom Weizen zu scheiden, oberflächlich durchzugehen und die weitere Arbeit alsdann den Ausschüssen zu überlassen, denn die bei weitem schwierigere Aufgabe zuzuführen, die dringenden Vorschläge zu modifizieren, vor allem aber, sie möglichst bereits in Einklang mit den Reichsfinanzen zu bringen. Denn daß wir leider Gottes noch immer nicht aus dem Boden schlüpfen können, auch nicht, wenn es um die soziale Fürsorge geht, wird von den Antroposophen meist nicht gebührend berücksichtigt. Wenn die Kommunen eine Erhöhung der Sozialleistungen um 400 Prozent verlangen, so hört jede Diskussion schließlich auf. Das erstrebenswertere Ziel ist und bleibt möglichst hohe Leistungen bei möglichst geringem Aufwande zu erzielen.

Zu dem Thema „Wochenhilfe“ hatten sich wie stets ausschließlich Frauen der verschiedenen Fraktionen zu Wort gemeldet. Sie brachten mannigfache Anregungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen unseres jüngsten Nachwuchses und der arbeitenden Mütter vor. Die Beratungen gehen weiter.

Ein geschäftsführender Zentrumsmann

□ Berlin, 7. Febr. (Von unterm Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ enthält heute in Sachen Depollens und Handelsbank weiter. Er erzählt, daß die Bank durch ihr Aufsichtsratsmitglied Dr. Rißler, dem früheren Zentrumsobmann, unter

Die Rückwirkung auf bereits erloschene Ansprüche

Die Denkschrift untersucht zunächst die finanziellen Wirkungen der Forderung, den Aufwertungsmaßnahmen rückwirkende Kraft zu verleihen. Sie schätzt die Kapitalbelastung, die sich bei einer Rückwirkung der Aufwertung für die Wirtschaft ergeben würde, auf: 1,05 Milliarden Goldmark bei Rückwirkung bis zum 1. Juli 1923; 2,1 Milliarden Goldmark bei Rückwirkung bis zum 1. Jan. 1922; 3,2 Milliarden Goldmark bei Rückwirkung bis zum 1. Jan. 1921. Weitere Erhöhung würde eintreten durch Erhöhung des Aufwertungsbeitrages oder Anwendung eines anderen Umrechnungsindex als des Dollarindeks. Würde die Rückwirkung eingeführt, so würden die Haushalte des Reiches, der Länder und der Gemeinden empfindlich getroffen, weil dadurch der Ertrag der Ausgleichsteuer vom Grundbesitz beträchtlich würde. Außerdem werde der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit, neue Hypothekendarlehen aufzunehmen, in dem Umfang beschränkt, in dem sie durch die Rückwirkung neu belastet werde. Eine gewisse Abhilfe könnte nur eine Verkleinerung des Inhalts schaffen, daß die Hypotheken, die durch die Rückwirkung ins Leben gerufen werden, nicht die erste Hälfte des Gegenwertes des Grundstückes belasten dürfen. Weitere Bedenken ergeben sich daraus, daß die Frage, wieweit Rückwirkung verlangt werden kann, überwiegend gerichtlicher Entscheidung anheimgestellt werden muß, jedoch eine neue Unsicherheit in die Wirtschaft getragen würde. Zusammenfassend erklärt die Denkschrift, daß gegen die Bestrebungen, den Aufwertungsmaßnahmen rückwirkende Kraft zu erteilen, schwere Bedenken bestehen.

Schuldverschreibungen industrieller Unternehmungen

Die Denkschrift nimmt auf die Industriebelastung im Lande Bezug und folgert daraus, daß die Industrie nicht unbedenklich sei, über den in der Dritten Steuernotverordnung vorgeschriebenen Umfang hinaus Aufwertungsleistungen zu tragen. Eine unmittelbare Mehrbelastung der Industrie würde sich allerdings aus der Rückwirkung der Aufwertungsmaßnahmen für die Obligationen nicht ergeben, weil dadurch nur der Ertrag der erhöhten Obligationensteuer für das Reich geschmälert würde. Die Denkschrift berechnet den Gesamtbetrag der von inländischen Unternehmungen ausgegebenen Obligationen (ausschließlich der Pfandbriefe) auf 4,6 Milliarden Mark vor dem Kriege. Es gehen ab 400 Millionen für solche Gesellschaften, die in den Abtretungsgebieten ihren Sitz haben. Von den 4,2 Milliarden Goldmark ist etwa die Hälfte mit 2,1 Milliarden getilgt worden. Nimmt man den Goldwert der für die Rückzahlung aufzubringenden Beträge sehr hoch, nämlich mit etwa 8 Prozent des Nennwertes an, so beträgt die erhöhte Obligationensteuer (S. 21 Abt. 2 der 3. St.-R.-G.) 7 Prozent von den 2,1 Milliarden Goldmark, also etwa 430 Millionen Goldmark. Von dem einfallenden auf das befreite Gebiet 30 Millionen Goldmark.

Die Belastung der erhöhten Obligationensteuer ist im großen Ganzen abgestoßen. Würde den Aufwertungsmaßnahmen rückwirkende Kraft verliehen, so müßten die sämtlichen Belastungen berücksichtigt werden. Das würde ein hohes Maß unproduktiver Arbeit mit sich bringen. Daß die Rückwirkung nicht zur Erstattung der bereits gezahlten Steuerbeiträge führen dürfte, bedürfte seiner Hervorhebung. Allgemein aber sei zu sagen, daß gegen jede Rückwirkung des Aufkommens aus der Obligationensteuer um so schwerere Bedenken beständen, als das Steueraufkommen für einen besonderen Zweck, nämlich für die Wiederaufnahme des Zinsendienstes an den Reichsanleihen, in Aussicht genommen ist.

Sparkastenguthaben, Ansprüche auf Lebensversicherungsverträge, Pfandbriefe der Hypothekendarlehen

Diesen drei Arten von Vermögensanlagen ist gemeinsam, daß die Höhe der Aufwertung von dem Verhältnis abhängt, in dem das zur Verteilung unter die Aufwertungsberechtigten in Frage kommende Vermögen (der Deckungsfonds) zu der Summe der erhöhten Aufwertungsansprüche steht. Jede Maßnahme, die zur Aufwertung der Deckungsfonds führt, verbessert daher die Lage der Aufwertungsberechtigten. Demgemäß wirken die Maßnahmen, die zugunsten der Hypothekengläubiger und der Besitzer (insbesondere der Mitbesitzer) von Anleihenwerten wirken, sich auch zugunsten der Aufwertungsberechtigten aus. Darüber hinaus hätte die Denkschrift eine weitere Erhöhung der Aufwertungsquote nur dann für möglich gehalten, wenn die Gemeinden, die hinter den Sparkasten stehen, oder die Lebensversicherungsgesellschaften über die Hypothekendarlehen in der Lage sind, Beiträge zu dem Deckungsfonds aus ihrem sonstigen Vermögen zu leisten. Ob eine Gemeinde, eine Lebensversicherungsgesellschaft oder eine Hypothekendarlehen zur Leistung derartiger Beiträge in der Lage ist, hängt von ihrer finanziellen Lage ab. Daher kann die Entscheidung darüber, ob und in welcher Höhe Beiträge zu leisten sind, nur von Fall zu Fall durch die zuständigen Aufsichtsbehörden getroffen werden. Des weiteren wird es Sache der von den Landesregierungen zu treffenden Ausführungsbestimmungen sein, darauf hinzuwirken, daß die Bestände, die sich in den Deckungsfonds annehmen, möglichst bald an die Gläubiger ausgeschüttet werden.

In ihren Schlussbemerkungen führt die Denkschrift aus, daß über eine in weiten Kreisen Lebervermittlung besteht, nämlich, daß es erforderlich ist, zu einer Regelung zu gelangen, die etwas Dauerhaftes darstellt. Ein Schuldner, der finanziell zusammengebrochen ist, kann die Grundlage für eine neue wirtschaftliche Betätigung nur dadurch gewinnen, da er mit seinen alten Gläubigern zu einem Vergleich (Zwangsvergleich) gelangt. Nicht anders ist es mit der Staats- und Volkswirtschaft. Sie muß endgültig wissen, welche Belastung die alten Papiermarkschulden darstellen. Hier kann es nur ein Ziel geben: Rechtsgleichheit auf dem Boden eines der Billigkeit entsprechenden Ausgleichs. Es handelt sich nunmehr darum, den Schuldlichen unter die Härten der Zahlungsnot zu setzen. Damit ist die Befreiung vor eine große und unheimlich wirkende Entscheidung gestellt. Daß diese Entscheidung nicht in die Hand der Gläubiger, sondern in die Hand der Staats- und Landesregierungen überlassen werden sollte, ist ein Wunsch, der sich bei der ganzen Zukunft des deutschen Volkes ab

Beziehungen zum Reichsministerium gehabt hätte und daß so ein Vertrag mit der Reichspost und dem Verkehrsministerium zustande gekommen wäre, durch den die Bank befreit wurde. Die Rechnung des Reichs über die Bank wurde erstellt. Der Entwurf wurde von Dr. Hille erstellt. Er wurde in der Bank abgehandelt, die Reproduktion wurde zu Revisionszwecken benutzt. Der Inhalt des Entwurfs war der Reichsanwalt, Reichsminister, der für keine Tätigkeit eine laufende Bezahlung bezog. Der Entwurf wurde zum Zweck des Geldkaufs im voraus große Beträge zur Verfügung gestellt, die sie dann zum archaischen Teil an Kreditnehmer gegen die damals üblichen Zinssätze von 20-35 Proz. ausgeben konnte. Die Bank hätte dann auch noch das Deutsche Reich haben wollen und Herr Reichsminister hätte sich lebhaft darum bemüht. In dieser Angelegenheit hat Dr. Reichsminister dann auch im November 1923 an den damaligen Reichsanwalt Dr. Stresemann einen dringlichen Brief geschrieben. Der Brief hätte aber nur die Folge, daß die Einleitung der drei Minister für die Deutschen- und Handelsbank nunmehr zurückgezogen wurde.

Kolossal beweist die Enthüllung des „Vorwärts“, daß Dr. Stresemann durchaus und in jedem Belange korrekt verfahren ist. Von Dr. Reichsminister wird man doch freilich nicht behaupten dürfen. Aber er ist in zwischen von der Billigkeit verstanden.

Hannover, 7. Febr. Der Vertreter der Kaufleute im Sparmannsprotokoll, dessen Revision gegen das Taxaturteil verworfen wurde, hat nunmehr für Göttingen ein Gnadengesuch an das preussische Justizministerium eingereicht.

11 Zweibrücken, 6. Febr. Bei den gestrigen Verhandlungen des Verrechnungsamtes wurde bestimmt, daß im November ein großes Rollenfest im Herbst eine Messe mit Fleischwaren ausgestellt werden sollen. Außerdem soll Zweibrücken elektrische Straßenbeleuchtung bekommen. (Zweibrücken hatte als einzige Stadt den Platz hinter nur Gaslaternen.)

Die Ausichten der Bauwirtschaft

Das Baugewerbe ist bekanntlich ein sogenanntes Schlüßglied... Das Baugewerbe ist bekanntlich ein sogenanntes Schlüßglied...

Es ist im gegenwärtigen Augenblicke, da sowohl die politische... Es ist im gegenwärtigen Augenblicke, da sowohl die politische...

Reich und Gemeinden, die in erster Linie als Auftraggeber... Reich und Gemeinden, die in erster Linie als Auftraggeber...

Das Baugewerbe und Baubetriebe ganz besonders als... Das Baugewerbe und Baubetriebe ganz besonders als...

Das Wiedererwachen der Baukunst war schon im abgelaufenen... Das Wiedererwachen der Baukunst war schon im abgelaufenen...

Dichter-Handschriften der Münchner Stadt-Bibliothek

München hat an der Spitze seiner Stadtbibliothek einen im... München hat an der Spitze seiner Stadtbibliothek einen im...

Hier ist der Grundstock zu einem Werke gelegt, das erst späteren... Hier ist der Grundstock zu einem Werke gelegt, das erst späteren...

Städtische Nachrichten

Aus der Stadtrats-Sitzung vom 5. Februar 1925

Bildung von Ausschüssen

Die Ausschüsse für das Stadtjugendamt und den B... Die Ausschüsse für das Stadtjugendamt und den B...

Für die Wiederinstandsetzung der Kreuzfontäne auf dem... Für die Wiederinstandsetzung der Kreuzfontäne auf dem...

werden vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses die er... werden vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses die er...

Zum Abbau des Kreis-Schulamts Mannheim

Zu den Ausführungen unter obiger Ueberschrift in unserer... Zu den Ausführungen unter obiger Ueberschrift in unserer...

Auf dem Weg zur Trockenlegung!

Der Artikel in der Mittagsausgabe vom 5. Februar erweckt... Der Artikel in der Mittagsausgabe vom 5. Februar erweckt...

Dann der Vergleich mit Amerika und anderen Prohibitivstaaten... Dann der Vergleich mit Amerika und anderen Prohibitivstaaten...

Was sollte doch meinen, wir Deutschen hätten allen Grund, einem... Was sollte doch meinen, wir Deutschen hätten allen Grund, einem...

profession ist einmal tüchtig zu Leib zu geben, selbst auf die Gefahr... profession ist einmal tüchtig zu Leib zu geben, selbst auf die Gefahr...

Von einem Gegner der Trockenlegung wird uns geliebt: Ich... Von einem Gegner der Trockenlegung wird uns geliebt: Ich...

Die Gartenheim-Baugenossenschaft der Angestellten und Beamten Mannheim-Ludwigshafen

hatte am letzten Dienstage in den Durlacher Hof eine... hatte am letzten Dienstage in den Durlacher Hof eine...

Der Vorstand entwarf für 1925 sowohl für Mannheim wie für... Der Vorstand entwarf für 1925 sowohl für Mannheim wie für...

Die heutige sachliche behutete Mitlieder-Versammlung... Die heutige sachliche behutete Mitlieder-Versammlung...

Von der Handels-Hochschule Mannheim. Amtsratsdirektor... Von der Handels-Hochschule Mannheim. Amtsratsdirektor...

Die Not der Schulkandidaten und Schulkandidatinnen. Dem... Die Not der Schulkandidaten und Schulkandidatinnen. Dem...

Theater und Musik

Heidelberger Stadttheater. Kupfers und innere Umstände... Heidelberger Stadttheater. Kupfers und innere Umstände...

Das hat aber wenigstens den einen Vorteil, daß wir dadurch... Das hat aber wenigstens den einen Vorteil, daß wir dadurch...

Neue Mannheimer Zeitung • Handelsblatt

Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Frankreichs

Zum Jahresbericht der Banque de France
(Von unserem Pariser Mitarbeiter)

Paris, 2. Februar 1925.

Seitdem in den ersten Tagen des Weltkrieges die Zentralnotenbanken fast aller Länder von der Verpflichtung entbunden wurden, die im Umlauf befindlichen Noten gegen Gold einzulösen, seitdem die freie Ausprägung von Gold eingestellt wurde und somit anstelle der Goldwährung die Papierwährung trat, macht sich auf dem internationalen Weltmarkt ein Element der Unordnung geltend. Während unter der Herrschaft des Goldes den Schwankungen der Wechselkurse enge Grenzen gezogen waren — sie konnten sich nur um einen Betrag von der Parität entfernen, der den Kosten einer eventuellen Goldverschickung entsprach — bietet die Papierwährung kein Mittel, die abenteuerlichsten Kurschwankungen auszuhalten. Die automatische Regelung ist ausgeschaltet; die Wechselkurse richten sich nunmehr nach dem Umfang von Angebot und Nachfrage, was keineswegs immer ein getreues Bild der Bedürfnisse des internationalen Verkehrs darstellt, sondern in hohem Maße ein Produkt der internationalen Spekulation ist. Für ein gedeihliches Wirtschaftslieben aber ist die Stabilität der Währung eine der hauptsächlichsten Voraussetzungen; sie muß stets den Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit seitens der Behörden bilden. In dem letzten veröffentlichten Jahresbericht der Banque de France für 1924 erblickt man denn auch an erster Stelle, welche große Anstrengungen gemacht wurden, um den weiteren Sturz des Frankens abzuhalten. Das Steigen der fremden Währungen am Ende des Jahres 1923 veranlaßte die im Anfang des Berichtsjahres, Mitte Januar notierte der Dollar an der Pariser Börse 23 Fr., das Pfund Sterling 96 Fr. Es zeigte sich, daß diese fortwährende Aufwärtsbewegung auf eine ausgedehnte Spekulation zurückzuführen war. Die Banque de France sah sich deshalb gezwungen, ihren Diskontsatz von 5 auf 3,50 und schließlich auf 6 Prozent zu erhöhen. Hand in Hand damit ging eine Erhöhung des Zinsfußes für Vorläufe von 6 auf 7 Prozent.

Trotz dieser Maßnahmen zeigten jedoch die fremden Devisenkurse keine Neigung zum Sinken. Sie sprangen im Gegenteil jeden Tag mehr in die Höhe, und in den ersten Tagen des Monats März stand der Dollar auf 28 Franken, das englische Pfund auf 120 Franken.

Infolge dieser bedrückenden Situation sah sich der Bankrat veranlaßt, sich nach wirksamen Abwehrmitteln umzusehen. Er hatte die Überzeugung gewonnen, daß eine dauernde Besserung der französischen Währung nur zu erreichen sei, wenn gleichzeitig für eine Besserung der Finanzlage des Staates und für ein ausgeglichenes Budget gesorgt werde. Nachdem er in dieser Richtung von der Regierung bestimmte Zusagen erhalten hatte, gelang es dem Bankrat von dem englischen Bankhaus Cazaubon eine Anleihe von 4 Millionen Pfund Sterling zu erreichen; kurze Zeit nachher gewährte ihm eine amerikanische Bankgruppe unter der Führung des Hauses Morgan eine weitere Anleihe von 100 Millionen Dollar. Mit Hilfe dieser beiden Anleihen war es innerhalb weniger Wochen möglich, die gefährliche Situation zu retten. Ende März war der Dollar auf 18 Franken, das Pfund auf 78 Franken bluminiert, am 23. April waren sie noch mit etwa 15 Fr. resp. 65 Franken notiert. Allerdings reisten diese verhältnismäßig niedrigeren Kurse die interessierten Kreise dazu, sich reichlich mit Dollars einzudecken.

Die Folge dieser Käufe war wieder ein ziemlich rasches Ansteigen des amerikanischen und englischen Kurses. Die Rückzahlung der englischen Anleihe erfolgte im September. Es war der Bank gelungen, sich die nötigen Devisen zu verschaffen, ohne daß sie gezwungen war, die Goldreserven anzugreifen. Was die amerikanische Anleihe anbelangt, so wurde vorläufiger um eine Verlängerung der Verfallzeit nachgehakt. Sie wurde schließlich am 12. Dezember zurückbezahlt, nachdem die Regierung auf dem freien amerikanischen Markt eine langfristige Anleihe im gleichen Betrage für eine Laufzeit von 25 Jahren aufgenommen hatte.

Der wirtschaftliche Aufschwung Frankreichs hat im vergangenen Jahr weitere Fortschritte gemacht, besonders in Bezug auf die Steigerung der Produktion und auf die Besserung der Handelsbilanz. Die Kohlenförderung hat sich auf 45,5 Millionen Tonnen erhöht gegen 38,5 Millionen Tonnen. Auch die Metall- und die Textilindustrie verzeichnen einen rapiden Fortschritt. Ihre Produktionsziffern stehen beträchtlich über denen des Vorjahres. Dieses Anwachsen der Produktion hat eine sehr ansehnliche Steigerung des Exports zur Folge gehabt. Der Wert der ausgeführten Waren aus den beiden letztgenannten Industriezweigen ist für die ersten elf Monate des Jahres 1924 um 5 Milliarden größer als im Vorjahr. Die Landwirtschaft hingegen weist infolge der ungünstigen Witterung nicht die gleichen verblühenden Resultate auf. Die günstige Entwicklung der französischen Produktion kommt natürlich auch in den Ziffern des Austauschverkehrs Frankreichs mit dem Ausland zum Ausdruck. Der Import Frankreichs erreichte im Berichtsjahre 56,5 Millionen Tonnen, der Export 29,4 Millionen Tonnen. Gegenüber dem Jahre 1923 hat der Import um 1,6 Millionen Tonnen zugenommen, der Export dagegen um 4,8 Mill. Tonnen. Die französische Handelsbilanz, die vor einem Jahre noch mit 2,200 Millionen passiv war, wies auf Ende 1924 ein Aktivum von 1,200 Millionen auf, ein Ergebnis, das seit 1875 nie wieder erreicht worden war.

Was den Geschäftsgang der französischen Staatsbank anbelangt, so weist das Wechselportefeuille im Berichtsjahre einen mittleren Bestand von über 4,500 Millionen auf (1923: 2,763 Millionen). Die Vorläufe auf Wertpapieren, die von der Bank gehalten wurden, stiegen von 2,900 Millionen in der Bilanz gegen 2,400 Millionen im Jahre 1923. Dieses Anwachsen der Kreditbegehren hat natürlich einen starken Einfluß auf das Anwachsen der im Umlauf befindlichen Notenmenge zur Folge gehabt und zu einer weiteren Herabsetzung des offiziellen Diskontsatzes auf 7 Prozent und des Lombardzinsfußes auf 8 Prozent geführt. Gegen Ende des Berichtsjahres wurde der Notenumlauf mit 40,6 Milliarden Franken ausgemessen. Auf den gleichen Zeitpunkt stellten die gesamten Metallreserven der Bank einen Wert von 5,85 Milliarden dar. Der gesamte Kontokorrentverkehr erreichte eine Höhe von 1,634 Milliarden gegen 1,330 Milliarden im Vorjahr, der gesamte Kassenverkehr 1,904 Milliarden. Das Maximum der Vorläufe der Bank an den Staat auf Grund des Prämien-, Renten- und Versicherungsverkehrs wurde auf 21,2 Milliarden Franken fixiert. Der Saldo dieser Vorläufe schwankte im Berichtsjahre zwischen 22,4 und 28,1 Milliarden. Das Geschäftsjahr 1924 ergab einen Reingewinn von 19,34 Millionen.

Die Wirtschaftslage in Bayern

Die Handelskammer München schreibt über die allgemeine Wirtschaftslage folgendes:

Die seit längerem auf fast allen Märkten zu beobachtende steigende Preisentwicklung gibt zu Besorgnissen Anlaß. Noch ist zwar nicht genau erkennbar, ob und inwieweit dabei neben der teilweise vorhandenen Warenknappheit, oder neben dem Anziehen der Weltmarktpreise etwa eine Ueberhöhung von Inlandspreisen zugunsten niedriger Exportpreise oder was sonst bedenklicher wäre — eine gewisse inländische Kreditinflation mitspielt. Die Ereignisse des letzten Jahres mahnen jedenfalls vor der letzten genannten Gefahr auf der Hut zu sein und der nach immer äußerlich geschwächten, eines zureichenden Abnahmemarktes entbehrenden Wirtschaft nicht wieder Kredit vorzuführen, die — laut Produktionsverbesserungen technischer Art zum Zwecke der Kostensenkung — eine künstliche Steigerung der inländischen Konsumkraft mit den genaugenommenen inflatorischen Folgen nach sich ziehen. Soweit Inlandkredite in Betracht kommen, dürfen wir wohl vertrauen, daß die sich seit Wochen der Gefahr bemühende Reichsbank die Fäden in der Hand behält. Doch bei Auslandskrediten (und um solche dürfte es sich vielfach handeln) muß an die Stelle der Reichsbankpolitik die wirtschaftliche Tätigkeit der betreffenden Kreditnehmer treten und dafür sorgen, daß das zusätzliche Kaufkraft vergleichbare Auslandskapital nicht direkt oder indirekt dem Weg des inländischen Konsums geht, sondern in die Hände gelangt wird, wo es eine dauernde Produktivität zu sichern und dem Abtrag der gewiß nicht auf die leichte Schulter zu nehmenden Zinsenlasten zu dienen vermag.

Auf eine Steigerung der Inlandsnachfrage kann das Anziehen der Preise keineswegs zurückgeführt werden. Das Weihnachtsgeschäft drängte sich meist auf die letzten Tage vor dem Neujahr zusammen und hat nicht überall betrieblig. Dort, wo sich infolge der Inzenerausverkäufe ein höherer Umsatz erzielen ließ, kam dieser häufig nur durch Verkaufspreise zustande.

Um die Konkurrenzfähigkeit im Ausland wieder zu erlangen, muß im neuen Jahre mit äußerster Rigorosität unserer Wirtschaft endlich eine durchgreifende Steuerreform durchgeführt werden, der die neugebildete Reichsregierung ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden haben wird. Wenn ein solcher Binnenmarkt wieder gewonnen und die Steuerlasten erträglich gestaltet sind, wird hoffentlich auch den Anstrengungen, die früheren Exportbeziehungen wieder herzustellen, ein größerer Erfolg beschieden sein, zumal die Handelsverkehrsverbindungen, mit Ausnahme der deutsch-französischen, allmählich zu einem — sei es auch nur provisorischen — Abschluß gelangt sind oder diesem entgegengehen.

Großhandelsindex

Die auf den 4. Februar berechnete Großhandelsindexziffer ist gegenüber dem Stande vom 23. Januar (140,4) um 2,6 v. H. auf 146,7 zurückgegangen. Die Indexziffer für die Lebenshaltungskosten für den 4. Februar blieb mit 124,8 gegenüber der Vormonats (124,4) nahezu unverändert. Für den Durchschnitt Januar ist gegenüber Dezember v. J. (122,6) eine Steigerung von 1,1 v. H. (auf 124,0) festzustellen. Die Indexziffer für die Ernährungskosten allein beträgt im Durchschnitt im Januar 136,8.

Rheinische Hypothekbank

In der getriggen Aufsichtsratsung wurde der Jahresabschluss für 1924 vorgelegt. Der Ueberschuß von 134 196 R.M. soll nach Vornahme verschiedener Abschreibungen und Rücklagen auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Landauer Brauhaus Aktiengesellschaft in Landau (Pfalz)

Nach entsprechenden Abschreibungen und Vergütungen an Aufsichtsrat und Vorstand verbleibt ein Gewinn von 58 036 R.M. Dasselbe werden als Dividende für das Geschäftsjahr 1923/24 10 R.M. pro Aktie verteilt und der verbleibende Restbetrag zugunsten der Goldmarkbilanz verwendet.

In der Goldmark-Eröffnungs- und Umstellungsbilanz per 1. Oktober 1924 liegen: Immobilien mit 320 000 R.M., Kassenbestand mit 634 R.M., Debitoren mit 91 737 R.M., Betriebsinventar mit 71 000 R.M. und Vorräte mit 70 787 R.M. Bei einem Aktienkapital von 380 000 R.M. und einem Reservefonds von 19 000 R.M. belaufen sich Akteure auf 29 047 R.M., Bank- und Darlehensschulden auf 60 170 R.M. und Kreditoren auf 38 032 R.M.

Bei der Beurteilung des laufenden Geschäftsjahres macht die Gesellschaft darauf aufmerksam, daß die jetzigen Verhältnisse der allgemeinen Darstellungen nicht entsprechen. Trotzdem hofft sie, bei weitem Bestand der derzeitigen gefüllten Währung auch den nächsten Abschluß mit einem günstigen Ergebnis vorlegen zu können und daß die jetzige Bilanz die letzte Inflations- und Papiermarkbilanz sein und bleiben möge.

Pfälzische Nähmaschinen- und Fahrrad-Fabrik vormals Gebüder Rappert, Kaiserslautern

Die G.-B. vom 3. Februar 1925 genehmigte einstimmig die Goldmark-Eröffnungsbilanz per 1. Januar 1924 (Umstellung von 65 000 000 R.M. auf 3 140 000 R.M.) und die Bilanz für das laufende Geschäftsjahr 1923/24. Es wurde beschlossen, eine 4-proz. Dividende zur Ausschüttung zu bringen, die ab 15. Mai 1925 zur Auszahlung gelangt. Die verbleibenden 33 022 R.M. werden auf neue Rechnung vorgetragen und die ausstehenden Aufsichtsratsmitglieder werden niedergewählt.

Verdreifachung des Vorkriegskapitals der Wanderverwerke

Die Ursache für die Kapitalverfärfung ist in der teilweise recht harten Bergrößerung der Aktienpreise zu suchen. Am kürzesten tritt diese in die Erscheinung bei den Vorräten, die 6,7 Mill. R.M. gegenüber 2,4 Mill. R.M. in der letzten Vorkriegsbilanz zu Buche stehen, und bei den Leihverhältnissen, einschl. Pensionsguthaben, die sich gegenüber 1914 (1,5 Mill.) mit 4,5 Mill. R.M. genau verdreifacht haben. Das in der Reichsmark-Eröffnungsbilanz ausgewiesene Reiskapital von 14 139 170 R.M. soll, wie folgt, Verwendung finden: Reservefonds 2 635 070, Unterstützungsfonds 500 000 R.M., Der Rest von 11 004 100 R.M. wird zur Umstellung verwendet. Das bisherige 3,5 Mill. R.M. betragende Vorkriegskapital wird auf 84 000 R.M. herabgesetzt, so daß auf je 1000 R.M. 24 R.M. entfallen. Von dem 156 500 000 R.M. betragenden Stammkapital sind 47 299 000 R.M. Aktien, deren Inhaber vertraglich zugunsten der Gesellschaft in der Ausübung der Aktienrechte beschränkt sind. Diese Aktien sollen im selben Verhältnis wie die

anderen Stammaktien, nämlich 10:1, umgestellt werden, mit dem Unterschied, daß sie bis zur Veräußerung dividendenlos bleiben. Der auf die gebundenen Aktien entfallende Betrag von 4 729 900 R.M. wird als Gegenposten unter „Konto wegen eigener Aktien“ auch auf der Aktivseite verbucht. Die Papiermark-Bilanzbilanz per 30. September 1924 weist einen Gewinn aus, der die Verteilung einer Dividende von 7 R.M. auf je 1000 R.M. Stammaktie und 1,15 R.M. auf je 1000 R.M.-Vorkriegsaktie gestattet. Der verbleibende Rest von 2,7 Mill. R.M. wird in der Reichsmark-Eröffnungsbilanz verrechnet.

Neueste Drahtberichte

u. New York, 7. Febr. (Spezialabteilung der United Press) Der Zustand der deutschen Wirtschaft wird von den amerikanischen Finanzmärkten als ein Bild der größten Aufmerksamkeit entgegengebracht. Man weist darauf hin, daß durch die Vermehrung der Anleihe, so paradox es auch klingen mag, Deutschlands Fähigkeit seine Dames-Verpflichtungen aus Exportüberschüssen zu decken, vermindert wird. In der Finanzierung Deutschlands interessierte leitende Bankkreise äußerten sich der United Press gegenüber wie folgt: Die zunehmende Passivität der deutschen Handelsbilanz ist auf zwei Hauptfaktoren zurückzuführen: 1. Das Ansteigen der Kredite im Ausland, Ermöglichung zu erhöhtem Import aus den Ländern, die diesen Kredit gewährt haben. 2. Die Stabilisierung der Wert hat die deutschen Produktionskosten erhöht und dadurch wird Deutschlands Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt verringert, besonders wird dadurch die Konkurrenzfähigkeit auf dem mexikanischen und südamerikanischen Markt beeinträchtigt. Trotz dieser Bedenken glaubt man, daß die Zunahme der passiven Handelsbilanz durch eine rückläufige Bewegung abgeflacht werden dürfte. Man weist darauf hin, daß die jetzige Passivität ihren Grund hauptsächlich in dem starken Export an Rohmaterialien findet, die letzten Endes doch auch wieder als Fertigfabrikate auf dem Markt erscheinen müssen, die, da sie nicht auf dem innerdeutschen Markt konsumiert werden können, zu gesteigertem Export und zu einer wenn auch geringen Aktivität der Handelsbilanz führen müssen.

Devisenmarkt

Der europäische Devisenmarkt liegt ausnahmslos schwach gegenüber dem Dollar. Es notieren: London gegen Kabel 477 1/2 (475 1/2), London gegen Paris 85 1/2 (85 1/2), Kabel gegen Schweiz 518 1/2 (518 1/2), London gegen Schwitz 2475 (2482), Kabel gegen Holland 248 1/2 (248 1/2), London gegen Holland 1187 (1188), London gegen Mailand 1154 (1154), London gegen Brüssel 93 (92 1/2).

In Goldmarkt resp. Goldpreisen notieren: Englische Pfunde 1740 (1745), Italien 1,69,10 (1,69,20), Belgien 12,41, Christiana 64,15 (64,25), Kopenhagen 74,70 (74,85), Stockholm 1,13,20, Madrid 60, Argentinien 1,65,30 (1,65,35), Brüssel 21,60 (21,65).

Börsenberichte

Mannheimer Effektenbörse

Mannheim, 6. Febr. Die getrigge Börse verläuft in schwacher Haltung, die Umsätze hielten sich in engen Grenzen. Es notieren: Badische Bank 36, Rheinische Hypothekbank 8, Rheinische Hypothekbank 9,50, Süddeutsche Discant 11,25, Badische Anilin 32, Bremen-Beilage 39, Verein Deutscher Drahtfabriken 40, Westeregeln 24, Durlacher Hof 34, Eisenbau 65, Frankfurt 80, Selbstbaur 88, Benz 5,625, Gebrüder Jahn 8,50, Ruck Wagon 1,55, Germania Linien 168, Heberlein 8,50, Knorr Heberlein 4, Mannheimer Gummi 3,4, Medarfüller 9, Pflüger Röhren 1,75, Zement Heidelberg 99,50, Rheinleitra 8,5, Rheinmühle 3, Bagn u. Freytag 3,875, Zellstoff Waldbach 13,25, Zuckerfabrik Frankenthal 5,1, Zuckerfabrik Waghäusel 4,1.

Waren und Märkte

Berliner Metallbörse vom 6. Februar

Werte in Reichsmark für 1 Rp.		Werte in Reichsmark für 1 Rp.	
Alufabrikanten	138,75	140,50	145,750
Alufabrikanten	136,125	131,12	135,625
Alu	0,73-0,74	0,77-0,78	1,20-1,25
Alu (in Wert)	0,73-0,74	0,74-0,75	1,20-1,25
Aluminium	0,64-0,65	0,66-0,67	1,20-1,25
Aluminium	1,35-1,40	1,36-1,40	1,20-1,25

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Februar	
Wasserstand	0,72 0,40 0,38 0,37 0,39 0,34
Wasserstand	1,20 1,20 1,21 1,21 1,21 1,21
Wasserstand	1,21 1,21 1,21 1,21 1,21 1,21
Wasserstand	1,21 1,21 1,21 1,21 1,21 1,21
Wasserstand	1,21 1,21 1,21 1,21 1,21 1,21

Octavgeb. Trüder und Verleger: Deutscher Tr. Sach. Neue Mannheimer Zeitung, G. m. b. H., Mannheim, F. A. 2. Direction: Ferdinand Decker — Werbeleiter: Kurt Richter. Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: Kurt Richter; für den rechtlichen Teil: Kurt Richter; für den literarischen Teil: Kurt Richter; für den wissenschaftlichen Teil: Kurt Richter; für den künstlerischen Teil: Kurt Richter; für den technischen Teil: Kurt Richter.

Fordern Sie nicht Steinhäger sondern Schlichte

Im Winter

schafft ein Teller wärmender Suppe behagliches Wohlfühl. Raich und ohne Umstände bereitet man die feinsten Suppen mit Maggi's bekannten Suppenwürfeln. (12 Pfg. für 2 Teller) 26 Sorten wie Eier-Nudeln, Erbsen, Bismenköhl, Windjor, Reis, Grünkern, Königs, Tomaten, Pilz und andere bieten reiche Abwechslung.

Kochen Sie zu Ihrem eigenen Vorteil

Maggi's Suppen-Würfel

schafft ein Teller wärmender Suppe behagliches Wohlfühl. Raich und ohne Umstände bereitet man die feinsten Suppen mit Maggi's bekannten Suppenwürfeln. (12 Pfg. für 2 Teller) 26 Sorten wie Eier-Nudeln, Erbsen, Bismenköhl, Windjor, Reis, Grünkern, Königs, Tomaten, Pilz und andere bieten reiche Abwechslung.

Kochen Sie zu Ihrem eigenen Vorteil

Maggi's Suppen-Würfel

Die Druck-Veranstaltung der Mannheimer Zeitung ist ein Produkt der Mannheimer Druck-Industrie, die seit Jahrzehnten für die Verbreitung von Nachrichten und Informationen in Deutschland und Europa bekannt ist.



Hermann Fuchs
An den Theatern. Neben der Hauptstadt.

Weißer Woche!

Die billigen
Riesen-Vorräte
schrumpfen auch zusammen,
daher ist baldiger Einkauf geboten!

Der letzte Mann
Im Spiegel der Presse:
Vossische Zeitung,
Berlin, 27. Dezember 1924.
... Mayer, Murnau, Jennings im
Zusammenwirken, das bedeutet eine
Leistung, wert, rund um die Erde zu
wandern.

National-Theater Mannheim
Samstag, den 7. Februar 1925
Vorstellung Nr. 168. Miets F. Nr. 22
B.V.E. 1081-1130 u. 1716-1725 P.V.B. 2124-2187
u. 4261-4790.
Neu einstudiert:
Was ihr wollt
oder **Dreikönigabend** (Fastnacht)
Lustspiel von Shakespeare, für die Bühne
eingetrichtet in 17 Bildern.
Übersetzt von August Wilhelm von Schlegel
in Szene gesetzt von Eugen Feiler
Anfang 7 1/2 Uhr
Ende nach 10 Uhr
Orsino, Herzog von Illyrien Radolt Wittgen
Sebastian, ein junger Edelmann
Viola Bruder Ludwig Meile
v. m. Stadttheater Heideberg a. O.
Antonio, ein Schiffskapitän, Hans Gedeck
Freund des Sebastian Harry Bo der
Ein Schiffskapitän, Freund der Viola
Valentin, Kavaliere des Carlo
Herzog Jost Rank rt
Johannes Tobias von Klip, Maria Andor
Olivias Onkel, Michael Christschel
Junker Christoph von Bleichen-
burg Ernst Langheier
Malvolio, Olivias Haushofm. Anton Gungl
Fabio, in Olivias Dienst Willi Burgel
Narr Friedrich Meyer 94
Olivia, eine reiche Gräfin Maria Andor
Viola, Sebastian's Schwester Laura Wagner
Marta, Olivias Kammermädchen Else von Demmer
Ein Priester Karl Neumann-Hoditz
Erzler Hermann Treumuth
Zweiter Wily Rosenmeyer
Bedienter bei Olivia Wulf Kösch
Herren vom Hofe, Damen, Pagen, Matrosen,
Musikanten.
Die Szene ist Illyrien.

Neues Theater im Rosengarten
Samstag, den 7. Februar 1925
Vorstellung Nr. 78
B. V. B. 401-425 u. 1451-1525 u. 1981-1953 u.
4401-4525 u. 6001-6080 u. 17596-17700
F. V. B. 194-625 u. 4966-4988 u. 1494-3325
und 6886-6896
Zum ersten Male:
Unsere kleine Frau.
Schwank in 3 Aufzügen von Avery Hopwood
Für die deutsche Bühne bearbeitet v. B. Pogson
in Szene gesetzt von Ado von Achenbach
Anfang 7 1/2 Uhr
Ende 10 Uhr
Herbert Warren Walter Felsenstein
Dodo, seine Frau Elvira Erdmann
Dr. Elliot, Arzt Georg Köhler
Fanny, seine Frau Helene Leydenius
Bobby Brown Ernst Sladock
Angebot Martin, Bobby's Ver-
lobte Hedwig Lilli
Tommy Belden, ein Dichter Fritz Linn
Haywood, Rechtsanwalt Joseph Renkert
Darke, Diener in der Jung-
gesellenspenion Erno Arndt
Ort der Handlung: New York — Zeit: Gegenwart
Die Kostüme der So'ndamen sind von der
Firma Fischer-Riegel. 113

Palast
Kaffee

Heute die ganze Nacht geöffnet!

Jungbusch-Garage
Tel. 9972 Nähe Marktplatz H. 7. 30
Auto-Benzin p. Ltr. 0.38 Pfg.

Der letzte Mann
Im Spiegel der Presse:
Berliner Morgenpost,
Berlin, 25. Dezember 1924.
... Das Werk, an dem Dichter,
Regisseur, Hauptdarsteller u. Photograph
gleich großen Anteil haben, bedeutet
einen ungeheuren Fortschritt auf dem
Gebiete der Filmkunst...

Die zeh'n Gebote

Der Film der tausend Wunder
2 Teile (14 Akte) in einem
Spielplan
ab Dienstag, den 10. Febr. 1925
in der *3512

Alhambra

Der letzte Mann

Die Geschichte
unseres Films ist die:
Heute tritt die Erde,
geschützt von allen, ein Mi-
nister, ein General, vielleicht
langer ein Fürst. Weidst du was
da morgen bist. „Der letzte Mann“
ist ein Film ohne Titel — nicht um
einer Theorie willen, sondern um einer
lang. Kunst zu dienen, die Ausdruck von Zeit.

Der letzte Mann

Man leit die
Landesgeschichte
nach großen Ge-
schmessen ein. (Vö-
kerwanderung, Entdeck-
ung Amerikas, Erlindung
der Buchdruckerkunst, Be-
formung, Weltkrieg u. s. w.)
Nach diesen Umwälzungen hat sich

Alhambra

Nur noch bis einschl. Montag
Der Spielplan des guten Geschmackes:

1.
Die Stimme des Herzens
ein Filmroman in 9 Kapiteln

2. *3512
ER
in einem seiner besten Lustspiele

3.
Ein Tag in St. Moritz
Eine herrliche Naturaufnahme

Anfang Wochentags 3 Uhr - Sonntags 2 Uhr
Zutritt zu jeder Zeit
Letzte Vorstellung 8.30

Zur Lokomotive
Adam Froy Friedrichsfelderstr. 7
Heute und morgen
Schlachtfest
Bock-Bier

Sonntag, den 8. Februar
Apollo
Karnevalistischer Abend mit Tanz
im festlich dekorierten 1028
Cafe-Restaurant-Trocadero
Cabareteinlagen — Büttensreden
Tanzorchester Certons Jazzband
Eintritt frei!
Verlängerte Polizeistunde.

Heute, Samstag 7. Februar
Café Mack
Seckenheimerstr. 18 *3500
Die ganze Nacht geöffnet!
Täglich Künstlerkonzert.

Kappen-Abend
im *3508
Ratskeller
P. 6, 23/24 P. 6, 23/24
Heute Samstag
Großes Doppel-Schlachtfest
verbunden mit
Ausschank v. Münchner Spezial-Doppel-
spaten.
Kulmbacher und Malzer Doppelrad.
Polizeistundenverlängerung.
Wozu höchst einladet
Ferdinand Becker

Halt! „Beck's Café-Cabarett Friedrichshau“
Leser! „Beck's Café-Cabarett Friedrichshau“
Heute Samstag 7. Februar 1925
Großstadtheater in 3 Abteilungen
1. Abt.: 8-1 Uhr Cabarett-Revue
2. Abt.: 1-4 Uhr früh Carneval-Fidelitas
3. Abt.: ab 4 Uhr früh Frischer Heringssalat
In allen 3 Abteilungen: Bierauschank.

Miet-Gesuche.
2-3 Büroräume
ge sucht, Angeb. unt. W
N. 800 an Rudolf Hoffe
Mannheim. Entsch.
I n a l l e f o r t e
**3 Zimmer-
wohnung**
in Bolln, sehr. Licht,
Reubar Redaru, ganz
ähnliche, Stadtmitt.
N. Wagner, Redaru,
*3706 Schulstr. 18.

Heute
Im Rosenkavalier, 0 6, 2
Bunter Abend
Betitelt: Im Wald und auf der Heide
Jazz-Band :: Polizeistundeverlängerung :: Humor
Tel. 7792 :: Tischbestellung erbeten :: Tel. 7792
***** Sonntag Früh ab 5 Uhr geöffnet *****

Stellen-Gesuche
Meisterbratsche
oder **Tenorhorn**
Ich bin dem, vor tücht.
Kaufmann Stellung als
Büch. Kassier, Lagerist
etc. bereit. Zeit. in
Büch. u. perf. in
franz. Zeit. d. Buchhalt.
Angebote unt. F. U. 45
a. b. Gefälligst. *3709

Verleihe
Stenotypistin
In d. anst. Stelle
neu 15. 2. 14. 30. 3.
Angeb. unt. F. Q. 41
a. b. Gefälligst. *3789

Alleinmädchen
auf 15. Febr. - zu einem
in. überleben Gesar.
Angebote unt. E. T. 59
a. b. Gefälligst. *3799

Verleihe
Stenotypistin.
alle Büroarbeiten, gute
Schrift, 1 u. 2 Jahre
Stellung. Angebote unt.
F. J. 34 a. b. Gefälligst.
helle bis. *3799

Verkaufe
Haus
an sehr entz. Küster
fertig zu verkaufen. An-
gebote unt. F. E. 30 an
die Gefälligst. *3775

Existenz!
Das Alleinmädchen-
recht ein gr. Erfolg
ber. Mäntel u. Rob.
u. Hals samt Einricht.
und Dekorationsart.
für 800 M. fast frisch
abgeben. Verkauft
1-2 Häuser. 1000 M.
Angebote unt. E. U. 20 an
die Gefälligst. *3754

Damenmaske
Preis (Groschen) Gr. 44
zu verk. 1. 14. 18. post.
*3759

Nabe einen 140 Hekt.
3 Jahre alten *3535
Rappwallach
gut eingefahren, zu ver-
kaufen.
Reubelen, Post,
Dachstuhl, 6.

Boxer
Rübe, gelb-schwarz ge-
färbt, 16 Monate alt,
Stammbaum, sehr mach-
sam, mühelos zu ver-
kaufen. Dr. Sturm,
Sobhanstr. 12. *3778

Bäckerei
in guter Lage, neuzeitl.
einrichtung, zu verkaufen
Angebote unt. F. 14. 30
a. b. Gefälligst. *3780

1 Rollwand
und deren Zubehör
zu verkaufen. In erbe.
in der Gefälligst. *3500

Der letzte Mann
Im Spiegel der Presse:
Neue Berliner Mittags-Zeitung,
Berlin, 24. Dezember 1924.
Im Kampf um die Filmkunst ist „Der
letzte Mann“ der wichtigste Film, der
in Deutschland gemacht worden ist.

Unter grossen Opfern ist es dem
Palast-Theater gelungen, den
neuesten Film mit der weltber-
ühmten Schauspielerin

LYA DE PUTTI
für kurze Zeit für ihren Spielplan
zu erwerben.
Malva
Ein Schauspiel in 6 Akten
von Robert Dinesen
Malva
Tassilo, Leutnant der
Grenzgardmerie Ernst Rückert
Bosco, Sergeant Tronja Funder
Tadzio H.A. Schlettow
Grigorie J. Kaiser-Feldt

Lyade Putty
hat den größten Erfolg im In- und
Auslande gehabt. Der Inhalt ist
eine spannende und dramatische
Liebesgeschichte, die sich in den
Kreisen der Schmuggler abspielt.
Wunder- Landschaftsaufnahmen
geben dem Film ein besonderes
Gepräge. Vor allem aber ist es
das bemerkende Spiel der bild-
läubigen jungen ungar. Schönheit
Lya de Putti, welches diesen
Film zu einem Kunstwerk über-
ersten Ranges stempelt.
„Malva“, ein Drama aus dem
Schmugglerleben, mit Lya de
Putti in der Hauptrolle, läuft
nur bis zum 12. Februar im

Palast-Theater
Ferner der beste und spannendste
amerik. Grossfilm in 6 Akten:
**Der Postraub auf
der „Enterprise“**
Erste Vorführung 4 Uhr
Letzte Vorstellung 8.15-10.30
Spieldauer ca. 2 1/2 Stunden.

Drucksachen liefert schnell und billige
Druckerei Gr. Post & K. B. E. L. L.
Der letzte Mann
Im Spiegel der Presse:
Deutsche Allgemeine Zeitung,
Berlin, 21. Dezember 1924.
... Daß ein solcher Film ein Riesener-
gebnis werden muß, liegt auf der Hand.
Berliner Lokal-Anz., Berlin, 24. Dez. 1924.
... Die hohen Erwartungen wurden
weit übertraffen ...

Heute
Im Rosenkavalier, 0 6, 2
Bunter Abend
Betitelt: Im Wald und auf der Heide
Jazz-Band :: Polizeistundeverlängerung :: Humor
Tel. 7792 :: Tischbestellung erbeten :: Tel. 7792
***** Sonntag Früh ab 5 Uhr geöffnet *****